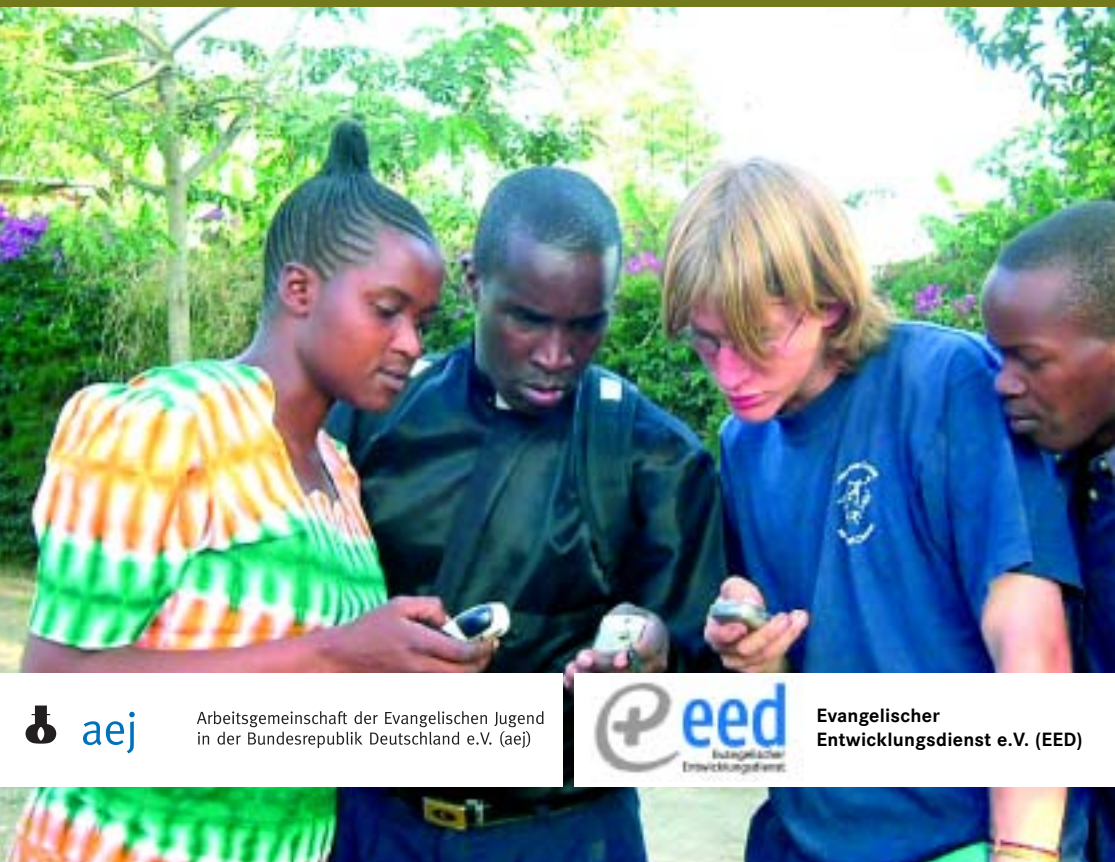


# MÄRKTE, MÄCHTE UND MONETEN

Welthandel im Alltagstest



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)



Evangelischer  
Entwicklungsdienst e.V. (EED)

■	Und warum?	3
■	1. Filetfleisch, Hähnchen und Frau Nkume	4
■	2. Autos, Toaster und Zölle	7
■	3. Fair, Bio und teuer	10
■	4. Döner, Konten und Schulen	13
■	5. Heiße Scheiben, Pillen und Piraten	16
■	Und nun?	19



# UND WARUM?

Je billiger, je besser, je schöner. Bei notorisch knappem Geldbeutel ist der Preis das wichtigste Kriterium für eine Kaufentscheidung.

Daran ist auch nichts Falsches. Nur, wie kommt so ein Preis zustande? Durch Angebot und Nachfrage, so lernen wir in der Schule. Aber hat man uns hier tatsächlich die ganze Wahrheit gesagt?

Wie so oft, hat man nicht. Warum? Der Staat kann den Preis natürlich beeinflussen. Mit Subventionen beispielsweise. Das Geld, das ein Bauer über Subventionen vom Staat hereinbekommt, muss er nicht mehr mit seinen Erzeugnissen verdienen; Fleisch, Gemüse und Obst können billiger werden. Oder der Staat erhebt Zölle auf importierte Produkte, die dann nur entsprechend teurer zu haben sind. Allerdings freuen sich viele inländische Firmen, weil sie sich durch hohe Zölle ausländische Konkurrenz vom Hals halten können.

Im Prinzip darf auch jeder Staat tun, was er will – einheimische Unternehmen oder Geldbeutel schonen. Aber die Staaten haben internationale Regeln vereinbart, in der Welthandelsorganisation (WTO) und einer Vielzahl von bilateralen Handelsverträgen zwischen einzelnen Ländern oder Ländergruppen.

All diese Verträge und Verhandlungen zielen auf eine Liberalisierung des Handels durch den Abbau von Instrumenten wie Zöllen und Subventionen, die den Preis beeinflussen. Dabei haben viele Produzenten das Nachsehen. Firmen schließen, Arbeitsplätze gehen verloren. In Entwicklungsländern kann die Ernährungssicherung gefährdet werden.

Über Gewinner und Verlierer entscheiden eine Handvoll Bürokraten in Berlin, bei der EU in Brüssel und bei der WTO in Genf. Die Gewinner erobern neue Märkte, die Verlierer befinden sich, so wissen kluge politische Kommentare, auf der Schattenseite der Globalisierung.

Dahinter stecken mächtige Interessen um Märkte, Mächte und Moneten.

Dabei wird oft vergessen, dass es um Menschen geht, um ihre Chancen auf ein erfülltes Leben. Und diese Chancen werden auch von den anderen Regeln eines Welthandelssystems beeinflusst, das längst nicht mehr nur den eigentlichen Welthandel regelt. Dienstleistungen beispielsweise wie die Wasserversorgung sind Gegenstand von Liberalisierungsverhandlungen, auch Patentrecht ist Teil des globalen Handelssystems.

Das klingt dann aber doch sehr nach Expertenwissen. Der Schein trügt. Tatsächlich sind wir alle Handelsexperten. Wo uns die Regeln des globalen Handels im täglichen Leben begegnen können, vor welchen Entscheidungen manchmal jeder und jede Einzelne von uns steht, darüber erzählt dieser kleine Streifzug durch die Welt globaler Handelsregeln mit Momentaufnahmen und Schnappschüssen aus dem Alltag – ohne Statistiken und Tabellen und mit wenig ökonomischem Kauderwelsch.

# 1. FILETFLEISCH, HÄHNCHEN UND FRAU NKUME

**Ein Supermarkt in Deutschland, im Sonderangebot: Hähnchenbrustfilet. Ein stattlicher Berg frischer Ware wartet in der Fleischtheke auf Käuferinnen und Käufer. Und die greifen zu: Hähnchenbrust ist beliebt. Viel beliebter als Chicken Wings oder Schenkel. Allerdings hat die Natur es so eingerichtet, dass ein Hähnchen nur im Ganzen aufwächst, mit Flügeln und Schenkeln. Diese sind in Deutschland jedoch schwer verkäuflich, die Verbraucher verlangen nach den Filetstücken.**

Was also tun mit dem Rest vom Huhn? Entsorgen ist teuer. Günstiger ist es zu exportieren. Beispielsweise nach Westafrika, nach Kamerun oder Ghana, wo Hähnchenfleisch auch sehr beliebt ist. Seit einigen Jahren tauchen auf den Märkten etwa in Jaunde, der Hauptstadt Kameruns, europäische Hähnchenteile auf, tiefgefroren und sehr viel preiswerter als ein Hahn aus heimischer Produktion. Die Folge: Lokale Produzenten können nicht mehr mithalten und werden vom Markt verdrängt, Hähnchenzüchter, Händler, Produzenten von Futtermitteln, sie alle werden arbeitslos.

Warum wehrt sich die Regierung Kameruns nicht? Die Antwort ist einfach: Ihr sind die Hände gefesselt. Die wirksamste Methode, einheimische Produzenten vor der Flut europäischer Billig-Hähnchenteile zu schützen, wäre eine Zollerhebung. Allerdings ist der Internationale Währungsfonds (IWF) dagegen. Kamerun hat sich dem IWF gegenüber zu weitgehend offenen Märkten mit niedrigen Zöllen verpflichtet. Nur so konnte das hoch verschuldete Land neue Kreditzusagen erwirken und den völligen Bankrott abwehren.

Was der IWF vormacht, macht die WTO nach. EU, Australien, die USA und andere Industrieländer, aber auch große Agrarexporteure wie Brasilien und Argentinien, drängen auf Vereinbarungen in der WTO zu weiteren Zollsenkungen. Sollten sich Länder wie Kamerun irgendwann aus der Schuldenfalle befreien, könnten sie dadurch ihre handelspolitischen Spielräume nicht erweitern.

**ACDIC** – Eine Bürgerbewegung kämpft für das Huhn aus Kamerun: Der Widerstand der Menschen wächst. ACDIC steht für Association Citoyenne de Défense des Intérêts Collectifs, was soviel heißt wie Bürgerbewegung zur Verteidigung gemeinschaftlicher Interessen.

ACDIC hat in Kamerun eine erfolgreiche Kampagne gestartet und fordert dazu auf, kein europäisches Hähnchenfleisch mehr zu kaufen. Ergebnis: Es werden wieder mehr einheimische Hühner gekauft.

Und die Opfer der Hähnchenexporte aus der EU können aufatmen. Vekwusi Margaret Nkume beispielsweise. Sie hat vor zehn Jahren 100 Euro investiert, damit in zwei Monaten 100 Hühner gezüchtet, die sie für 230 Euro verkauft hat. „Ein gutes Geschäft“, wie sie selbst sagt. So lange, bis die EU im Jahre 2000 mit ihren Hähnchenexporten begann. „Ich bin auf meiner Produktion sitzen geblieben und habe alles verloren“, klagt Frau Nkume. Das Schulgeld für ihre Kinder kann sie bereits nicht mehr bezahlen. Aber nun, so glaubt sie, wird es besser. „Ich habe wieder Hoffnung, seit ACDIC die Regierung dazu gebracht hat, den Import der gefrorenen Hühner zu verringern. Ich bin bereit. Ich will wieder mit meiner Geflügelzucht beginnen und will in der Lage sein, meinen Kredit abzuzahlen.“

Der Fall zeigt aber, wie schädlich sich niedrige Zölle und fixe Obergrenzen für Importzölle auswirken können. Ein ausreichender Schutz des heimischen Marktes ist Kamerun nicht möglich. Anders in Industrieländern wie der EU und Deutschland: Hier werden die Bauern nicht nur durch hohe Zölle vor ausländischer Billigkonkurrenz geschützt. Auch Subventionen, etwa bei Weizen, dienen dazu, sich vor preiswerterer Importware zu schützen. Das Geld, das ein Bauer über Subventionen und andere staatliche Unterstützungsleistungen erhält, muss er nicht mehr mit seinen Erzeugnissen verdienen; Fleisch, Gemüse und Obst können billiger angeboten werden.




---

**Die Leute sagen,  
Konkurrenz belebt das Geschäft:  
Die Preise fallen und  
die Qualität wird besser.**

---





**Welthandel:** EU-Hähnchen auf dem Mokolo-Markt in Jaunde (Kamerun)

Entwicklungsländer sind also sehr viel verwundbarer als die reichen Länder. Dies betrifft insbesondere die Armen, wenn ihre einzige Einkommensquelle durch ausländische Billigkonkurrenz bedroht wird. In Kamerun beispielsweise mussten zuerst die kleinen Geflügelzüchter aufgeben. Für die Betroffenen spielt es auch keine Rolle, ob der IWF oder die WTO die Schuld an ihrer Misere trägt.

Ausgerechnet die Armen in Entwicklungsländern sind die Verlierer einer Welthandelspolitik, die einseitig auf Liberalisierung setzt und die Bedürfnisse der Menschen dabei aus den Augen verliert. Gerade Entwicklungsländer benötigen ein ausreichendes Maß an Flexibilität, um ländliche Entwicklung zu unterstützen und Ernährung zu sichern.

# 2. AUTOS, TOASTER UND ZÖLLE

**Portemonnaie leer, Konto überzogen. Toaster kaputt. Ein neuer muss her, und das schnell. Und billig.**

**Zwei Stunden später: Der neue Toaster katapultiert zwei knusprige Brotscheiben direkt auf den Teller. Der Duft frisch gerösteter Toasts erfüllt den Raum. Gott sei Dank, das Ding funktioniert wenigstens.**

**Obwohl es so billig ist. No Name, wahrscheinlich irgendwo aus Asien. Die anderen waren zu teuer, vermutlich in Deutschland produziert. Keine Chance gegen die Hungerlöhne, die die in Fernost zahlen.**

Ist das einfach so? Oder lässt sich das beeinflussen? Wollen wir lieber billige Toaster oder Arbeitsplätze? Es gäbe durchaus Möglichkeiten, uns vor ausländischer Billigkonkurrenz zu schützen. Etwa die Zölle auf Toaster erhöhen. Dann würden ausländische Toaster bei uns teurer. Wir wären wieder stärker wettbewerbsfähig, wie es so schön heißt. Andererseits: Preiswerte Toaster erfreuen den Konsumenten, und vielleicht macht es insgesamt auch gar keinen Sinn, Toaster in Deutschland zu produzieren. In Deutschland können viele andere Dinge auf Weltmarktniveau hergestellt werden. Maschinen beispielsweise. Oder Autos.



---

**Die Leute sagen,  
dass freier Handel zu mehr  
Wohlstand führt,  
insbesondere in Entwicklungsländern.**

---

Die Politik hat entschieden, dass die Einfuhrzölle auf Toaster bei uns mit 2,7 % sehr niedrig sind, bei Autos sind es 10 %. Mit anderen Worten: Die Produktion von Autos soll stärker geschützt werden als die von Toastern. Was fraglos damit zu tun hat, dass in Deutschland und Europa Millionen von Arbeitsplätzen an der Autoindustrie und ihren Zulieferern hängen.

Entwicklungsländer haben meist noch sehr viel höhere Zölle als Industrieländer, durchschnittlich etwa 30 %. Kein Wunder: Bei den allermeisten Produkten sind sie weit davon entfernt, global wettbewerbsfähig zu sein. Um überhaupt eine eigene Industrieproduktion zu haben, benötigen sie höhere Zölle. Und dies trotz der geringeren Lohnkosten, da ihre Produktivität im Vergleich zu Industrieländern sehr viel niedriger ist.

Das, so wollen es die Industrieländer, soll anders werden. Die europäische Industrie will die Märkte gerade fortgeschrittener Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien erobern. Deshalb drängt die Politik in Berlin und Brüssel darauf, dass in der WTO und in anderen Handelsabkommen Regeln vereinbart werden, die insbesondere die Zölle in Entwicklungsländern erheblich senken. Das Ziel ist, die hohen Zölle der Entwicklungsländer und die niedrigen der Industrieländer möglichst weit anzunähern.

„Die **WTO** geht von der Annahme aus, dass freier Handel durch niedrigere Zölle (...) immer vorzuziehen sei. (...)

Was aber als Folge von Zollsenkungen tatsächlich geschieht, hängt stark davon ab, wo und wie sie vorgenommen werden. Ist die Zollsenkung sehr umfangreich, (...) und müssen deshalb die einheimischen Produzenten um des Überlebens willen ihre Produktivität sehr schnell steigern, so ist die Schließung der betroffenen Produktionsstätten mit entsprechendem Verlust von Arbeit und Einkommen wahrscheinlicher als die Steigerung der Produktivität. Da aber in der Realität die Ressourcenmobilität nicht perfekt ist, finden die durch Firmenbankrotte freigesetzten Arbeitnehmer womöglich keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten (...). Führt zum Beispiel die Absenkung von Zöllen auf Stahl zur Schließung von Stahlwerken, so werden wahrscheinlich die Hochöfen als Schrott verkauft und die entlassenen Stahlarbeiter landen vermutlich in der Arbeitslosigkeit oder in Hilfsarbeiterjobs, zum Beispiel als Wächter oder Hausmeister.“

Ha-Joon Chang: NAMA gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung des Südens: Massiver Zollabbau wird eine Welle der De-Industrialisierung auslösen. In: Das NAMA-Drama. Wie die WTO-Verhandlungen über Industriegüter Umwelt und Entwicklung bedrohen. Hg. von EED, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace und WEED.

Für die Entwicklungsländer wäre dies fatal. Ihre Märkte wären plötzlich offen wie Scheunentore. Bis auf einige wenige Sektoren, in denen sie global konkurrenzfähig sind, würden die überlegenen Konzerne aus den USA, aus Japan und der EU ihre nationalen Märkte zum großen Teil übernehmen. Viele – der ohnehin in einer Reihe von Ländern nicht besonders zahlreichen – Firmen müssten schließen, da sie dem Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen wären. Die Folge: Weitere Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut.



Zwar würden auch viele Produkte in Entwicklungsländern billiger zu haben sein. Aber was hilft es, wenn man billiger einkaufen kann, dafür aber kein Einkommen mehr hat?

Entwicklungsländer sind deshalb dringend auf wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum angewiesen. Theoretisch geht es für sie – wie für Industrieländer auch – darum, entscheiden zu können, welche Produkte sie importieren und welche sie weiterhin selbst herstellen wollen. Praktisch heißt das oftmals, genügend Spielraum zu erhalten, um überhaupt noch über eine nennenswerte industrielle Produktion zu verfügen.

Für Industrieländer kann es richtig sein, Autos zu exportieren und Toaster günstig zu importieren – vorausgesetzt, der niedrige Preis beruht nicht auf der Missachtung von Sozial- und Umweltstandards. Für Entwicklungsländer gilt es, das Wenige, das sie an industrieller Produktion haben, zu schützen. Dazu müssen sie den nötigen Spielraum für eine Zollpolitik haben, die ihre wirtschaftliche Entwicklung unterstützt. Die Aufgabe besteht darin, einerseits den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern zu fördern, gleichzeitig aber auch einheimische Firmen zu schützen, damit sie in diesem Wettbewerb überhaupt eine Chance zum Überleben haben.

### **Globalisierung:** Wettbewerb um Ausbildungs- und Arbeitsplätze



# 3. FAIR, BIO UND TEUER

**Die neuen Gartenmöbel sind aus illegal geschlagenem Tropenholz, der Wohnzimmerteppich wurde von Kinderhänden geknüpft, die Jeans unter sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen genäht, zum Frühstück gibt es Kaffee und Orangensaft von ausgebeuteten Kleinbauern und zum Mittagessen genmanipulierten Reis. Wie, um Gottes willen, soll man da alles richtig machen? Gut, es gibt das FSC-Siegel für nachhaltige Forstwirtschaft, das Rugmark-Siegel für Teppiche ohne Kinderarbeit, aber reicht das?**

Sinnvoll wäre es doch, wenn es international vereinbarte Mindeststandards gäbe, etwa wenn die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) endlich durchgesetzt würden. Damit hätte der Dschungel von Siegel und Kennzeichnungen ein Ende. Alle Produkte, die den vereinbarten Sozial- und Umweltstandards nicht entsprächen, könnten erst gar nicht ins Land gelassen werden. Aber über verbindliche Sozial- und Umweltstandards hat man sich in der internationalen Handelspolitik bislang nicht einigen können. Dies sollte man im Übrigen den Vereinten Nationen überlassen, die WTO strebt ja gerade in die andere Richtung, nämlich Liberalisierung durch Abbau von Standards. Widerstand kommt auch von den USA und von Entwicklungsländern, etwa Indien, die fürchten, dass solche Standards auch dazu missbraucht werden könnten, ihre Produkte nicht auf die Märkte des Nordens zu lassen. Dieser Widerstand ist durchaus begründet, wenn man sieht, wie die Bundesregierung in jüngster Zeit Sozial- und Umweltstandards als Wettbewerbsinstrument propagiert.

Das Problem ist offensichtlich komplex. Allerdings: Wenn man sich global nicht auf bestimmte Standards einigen kann, so könnten Deutschland und die EU sozial gerecht und ökologisch verträglich hergestellten Produkten irgendwie unter die Arme greifen, etwa indem sie diesen günstigere Zölle einräumen. Dann wären diese Produkte bei uns billiger, andere wären teurer. Aber auch das geht nicht, es widerspricht den Handelsregeln der WTO. Denn laut WTO-Regeln müssen gleiche Produkte gleich behandelt werden. Nun bleibt Kaffee Kaffee, eine Jeans eine Jeans und ein Teppich ein Teppich – unabhängig davon, wie er hergestellt wurde. Nicht entschieden ist bislang, ob dies so auch für genmanipulierte Nahrungsmittel zutrifft. Wenn ja, gilt auch hier: Gleiche Produkte müssen gleich behandelt werden.



**Fairer Kaffee:** Raus aus der Nische, rein in die Regale



**Die Leute würden gerne  
Produkte aus ökologischer Herstellung  
und Fairem Handel kaufen –  
wenn das nur nicht so teuer wäre.**

Das macht bei uns die falschen Produkte billiger. Unabhängig von WTO-Regeln wäre es wünschenswert, wenn sozial und ökologisch schädliche Produkte anders behandelt würden, so dass diese letztlich für den Konsumenten teurer würden – und nicht etwa fair gehandelte Bioprodukte. Dies würde einen Anreiz bedeuten, entsprechend zu produzieren anstatt – komme, was da wolle – sich im globalen Kampf um Märkte durch Dumping, also durch soziales und ökologisches Raubrittertum, einen Preisvorteil zu verschaffen.

Der Faire Handel hat für jedes seiner Produkte soziale und ökologische Standards festgelegt. Kleinbauern, Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter in Entwicklungsländern erhalten – zum Beispiel für Kaffee oder Tee – einen fairen Mindestpreis, der die Produktionskosten deckt und ihnen eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Der faire Preis liegt in der Regel höher als der Weltmarktpreis. Zusätzlich gibt es einen Fair-Trade-Aufschlag für Gemeinschaftsprojekte wie Schulen oder Gesundheitsstationen.

„Trade, not aid“ – also „Hilfe durch Handel“ bedeutet: Kleinbauern und Produzenten in Entwicklungsländern sind Handelspartner, die ein Anrecht auf faire Strukturen und angemessene Preise für ihre Erzeugnisse haben. Mit dem Fairen Handel können sie ihr Einkommen sichern und damit sich und ihren Familien selbst helfen.

Der Faire Handel allein wird dieses Problem kaum lösen können. Fair gehandelte und ökologisch verträgliche Produkte sind meist auch teurer. Wenn die Politik systematisch ein Handelssystem fördert, das nicht an sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit orientiert ist, wird eine Wende zu ökologischer und sozial verantwortlicher Wirtschaft nicht allein dadurch erreicht werden können, dass die Konsumenten zu einem besseren Verhalten ermutigt werden. Dazu ist der Marktanteil des Fairen Handels bei allen Produkten zu gering, die Produktpalette insgesamt nicht breit genug. Was der Faire Handel dagegen vermag: Er kann Hinweise geben, wie es gehen könnte, und zeigen, dass es uns nicht egal ist, was wir konsumieren.



# 4. DÖNER, KONTEN UND SCHULEN

**Wer isst nicht hin und wieder einen Döner beim Türken um die Ecke? Das geht schnell, ist lecker und bessert die Handelsbilanz der Türkei mit Deutschland auf. Hm? Tatsächlich. Ähnlich ist es auch mit einem Türkeiurlaub. Oder einem Nummernkonto in der Schweiz. Die WTO hat erfunden, dass Dienstleistungen gehandelt werden können. Etwa wenn eine philippinische Krankenschwester in einem deutschen Krankenhaus arbeitet, wenn Hänchen Müller aus Groß-Gerau in Antalya ein türkisches Bad besucht, ein deutscher Millionär ein Konto in der Schweiz hat, oder eine Imbisskette aus Istanbul in Kleinkleckersdorf investiert, um dort Döner feilzubieten.**

Wie beim Güterhandel verhandeln die WTO-Mitglieder auch beim Handel mit Dienstleistungen über weitere Liberalisierungen. Das bedeutet nicht, Zölle zu senken. Zölle auf Bankkonten, türkische Bäder und Imbissbuden gibt es nicht. In der WTO heißt Liberalisierung von Dienstleistungen, sich im GATS-Abkommen dazu zu verpflichten, Ausländer und Inländer gleich zu behandeln und interne Regulierungen möglichst abzubauen. Etwa, türkische Imbissbuden nicht anders zu behandeln als deutsche Würstchenbuden – alle zahlen ihre Steuern nach gleichen Regeln, sie müssen die gleichen Anforderungen beim Gesundheitsamt erfüllen, beim Ordnungsamt und bei der Gewerbeaufsicht.

Im globalen Handel mit Dienstleistungen geht es aber weniger um Würstchenbuden und Dönerimbisse. Wirtschaftlich bedeutender sind beispielsweise Banken, Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Energiekonzerne. Hier drängen die Industrieländer die Entwicklungsländer dazu, ihre Märkte für die europäischen und nordamerikanischen Unternehmen zu öffnen – also Regulierungen abzubauen, die einheimische Dienstleister vor ausländischer Konkurrenz schützen.

Besonders im Visier sind dabei staatliche Monopole, die es in vielen Ländern in Kernbereichen der öffentlichen Versorgung gibt. Bei uns sind dies vor allem Bildung und Gesundheit. Marktöffnung bedeutet hier, private Konkurrenz zuzulassen, also letztlich staatliche Betriebe zu privatisieren. Die Erfahrungen damit sind oftmals schlecht, etwa bei dem lebenswichtigen Gut Wasser. Das Ergebnis der Privatisierung der Wasserversorgung in El Alto, einer Vorstadt der bolivianischen Stadt La Paz, war schlechtere Qualität bei höheren Preisen. Insbesondere

arme Menschen werden oft benachteiligt; sie sind als Kunden weniger interessant, da sie für die Dienstleistung kaum zahlen können. Deshalb hat ein privates, gewinnorientiertes Unternehmen auch wenig Motivation, die Versorgung der Armen zu sichern. Ziel muss es dagegen sein, elementare Basisdienstleistungen öffentlicher Kontrolle zu unterstellen.

Die Macht der Konzerne: Wichtigster Lobbyverband der Dienstleistungsbranche in Brüssel ist das European Services Forum (ESF), ein Zusammenschluss verschiedener Konzerne mit Sitz in der Europäischen Union. Gegründet wurde es 1999 auf Initiative der EU selbst, genauer des damaligen EU-Handelskommissars Sir Leon Brittan. Das ESF steht in regelmäßigem Kontakt mit der EU-Kommission, um sicherzustellen, dass die Interessen der Wirtschaft dort Gehör finden.

Das fällt nicht sonderlich schwer. Denn die EU lädt die Konzerne zur Mitarbeit bei der Gestaltung internationaler Abkommen ein. In einer bekannt gewordenen E-Mail der EU-Kommission an europäische Wasserkonzerne heißt es: „Deswegen würden wir Ihre Eingaben sehr schätzen, um in unseren Anstrengungen in den Verhandlungen den Fokus in ausreichendem Maße auf das Feld der Umweltdienstleistungen zu richten.“

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Sozialverbände und Kirchen werden mit ihren Anliegen dagegen weniger offen empfangen.

In vielen Ländern hat die Wasserprivatisierung zu heftigen Widerständen geführt. In Uruguay beispielsweise wurde als Folge öffentlicher Proteste die Privatisierung der Wasserversorgung wieder rückgängig gemacht und das staatliche Monopol in der Verfassung des Landes verankert. Das war nur möglich, weil Uruguay sich nicht im GATS zur Liberalisierung der Wasserversorgung verpflichtet hatte. Ansonsten, so sieht das GATS-Abkommen es vor, hätte Uruguay andere WTO-Länder (beziehungsweise die dort ansässigen Konzerne) für die Gewinne entschädigen müssen, die ihnen durch die Verstaatlichung möglicherweise entgangen wären.

Das GATS-Abkommen übergibt die Macht über lebensnotwendige Basisdienstleistungen wie Wasser, Energie, Gesundheit und Bildung von – zumindest in gewissem Maß – öffentlich kontrollierten und dem Gemeinwohl verpflichteten Behörden an gewinnorientierte, private Konzerne, die – mit dem GATS im Rücken – weitgehend außerhalb der Kontrolle nationaler Behörden agieren können. Dieser Prozess hat gerade erst begonnen. In nicht allzu ferner Zukunft kann uns das auch hier in Deutschland in Bereichen treffen, an die viele noch nicht denken mögen: Wir hätten dann vielleicht die McLearn-Schule Ltd und das Kluge-AG-Gymnasium.





**Die Leute sagen,  
wenn sie jetzt auch noch die Schulen privatisieren,  
dann lernen unsere Kinder  
morgen nur noch, was McDonalds und Co.  
für wichtig halten, und dafür zahlen wir dann auch  
noch jede Menge Kies.**



**Bildung:** Gleiche Chancen für alle

Diese Unternehmen würden mit ihren Schulen Geld verdienen wollen. Wer nicht zahlen kann, hätte Pech gehabt. Der Grundsatz, nach dem alle, ob arm oder reich, die gleichen Bildungschancen haben sollen, Gerechtigkeit im Bildungssystem wäre passé. Bildung, Wasser, Gesundheit, Energie, Kommunikation – all das wäre nur für diejenigen in bester Qualität vorhanden, die es sich leisten könnten.

Deshalb müssen diese Bereiche aus den GATS-Verhandlungen ausgeklammert werden. Kein Staat darf gezwungen werden, seine Dienstleistungsmärkte für ausländische Anbieter zu öffnen. Jeder Staat muss das Recht haben, Liberalisierungen zu jedem Zeitpunkt ohne Kompensationsleistungen rückgängig zu machen, wenn dies der besseren Versorgung seiner Bürger dient.

# 5. HEISSE SCHEIBEN, PILLEN UND PIRATEN

**Im Original sind sie oft unbezahlbar. Aber es gibt Auswege. „Kannst Du mir die brennen?“ Klar doch. Musik, Computerspiele – die Kopie ist genau so gut wie das Original. Nur eben billiger.**

**Das findet man in China auch. Dort werden Computerprogramme, Filme, Spiele und Musik profimäßig kopiert und verkauft. Ein Paradies für knappe Geldbeutel. „Betrug!“, schreien Produzenten und Softwareschmieden in Deutschland und anderen Industrieländern.**

Sie wehren sich mit Gesetzen. Aber was hilft ein deutsches Gesetz in China? Nichts – es sei denn, man bringt die chinesische Regierung dazu, dieses Gesetz anzuerkennen.

Und genau das ist passiert. In Industrieländern sind Filme, Computerprogramme und -spiele durch Urheberrecht geschützt. Das ist ein so genanntes Recht an geistigem Eigentum. Wer geschützte Produkte ohne Lizenz nutzt, der macht sich strafbar. Rechteinhaber nennen das Produktpiraterie.

Das gilt auch für Patente. Mit Patenten werden Erfindungen geschützt, zum Beispiel Medikamente. Ohne Erlaubnis des Patentinhabers (die natürlich Geld kostet) darf niemand das Medikament kopieren. Trotzdem werden in vielen Ländern Medikamente auch ohne Lizenz kopiert. Solche Nachahmerprodukte sind billiger als die patentgeschützten Originalpräparate, so haben auch Arme Zugang zu dringend benötigten Medikamenten. Indien gehört zu den Marktführern bei der Herstellung von Nachahmerprodukten (Generika) zur AIDS-Behandlung.

Wie aber bringt man Indien und China dazu, deutsche Gesetze anzuerkennen? Als 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet wurde, wurde ein ganzes Paket von Verträgen geschlossen. Einer davon ist der TRIPS-Vertrag, in dem bestimmt wird, wie Patente, Urheberrechte (etwa für Texte oder Fotos) und andere geistige Eigentumsrechte in allen WTO-Mitgliedsländern geschützt werden müssen – nämlich so, wie Deutschland und andere Industrieländer dies bereits tun.

Nun müssen China, Indien und weitere ungefähr einhundert Entwicklungsländer unsere geistigen Eigentumsrechte anerkennen. Den TRIPS-Vertrag haben sie freiwillig unterschrieben, weil die Industrieländer versprochen hatten, ihre Märkte für die Agrarprodukte aus Entwicklungsländern zu öffnen. Ein leeres Versprechen, wie sich bald herausstellte.

Trotzdem müssen die Entwicklungsländer nun unsere Urheberrechte schützen. Und die Handelsmarken. Und Patente und noch anderes mehr. Dabei kommen weltweit 97 % aller Patentrechtsinhaber aus dem Norden. Eigene Erfindungen gibt es in Entwicklungsländern nur selten zu schützen.

Stattdessen nutzen die Industrieländer das Patentecht für ihre eigenen Zwecke. Ob Saatgut, Medikamente, Maschinen, technische Verfahren – alles wird geschützt. Letztlich sichern die Firmen so ihre Investitionen ab.



## **Die Leute sagen, dass durch Produktpiraterie unserer Volkswirtschaft jährlich milliardenschwere Verluste entstehen.**

Nach Schätzungen der Weltbank bringt der TRIPS-Vertrag der WTO den sechs größten Industrieländern jährliche Mehreinnahmen aus Lizenzgebühren von 41 Mrd. US-Dollar. Gewinner sind die USA mit 19 Mrd., gefolgt von Deutschland mit 6,8; Japan mit 5,7; Frankreich mit 3,3; Großbritannien mit 3,0 und der Schweiz mit 2,0 Mrd. US-Dollar. Verlierer sind insbesondere solche Entwicklungsländer, die über fortgeschrittenere eigene industrielle und landwirtschaftliche Produktion verfügen und das von den reichen Industrieländern geschützte Wissen für ihre eigene Entwicklung teuer einkaufen müssen. Dazu gehören Südkorea (15,3 Mrd. US-Dollar), China (5,1), Mexiko (2,6), Indien (0,9) und Brasilien (0,5).

Diejenigen, die nicht so viel erfinden, die auch einen zu knappen Geldbeutel haben, um Originale oder Lizenzen zu kaufen, verlegen sich aufs Kopieren. Das ist eine altbekannte Technik. Auch die Länder, die heute so vehement auf Patentschutz drängen, nahmen es früher damit nicht so genau. Deutschland beispielsweise galt bis zur Einführung eines

Patentrechts im Jahre 1877 als Paradies für Fälscher, Kopierer und Nachahmer. Das war staatlich so gewollt, es war Teil unserer Wirtschaftspolitik. Auf diesem Wege konnte sich die deutsche Wirtschaft fremdes Wissen schnell und kostengünstig zunutze machen – bis zum Jahre 1877 eben, als es zunehmend eigene Erfindungen gab, so dass es günstiger erschien, diese durch Patente zu schützen.

Die Länder, die heute Entwicklungsländer sind, sollen nun nicht mehr tun dürfen, was Deutschland früher geholfen hat. Sie sollen irgendwie anders sehen, wie sie Entwicklung erreichen. Hauptsache, sie brennen nicht unsere CDs, DVDs, kopieren nicht unsere Medikamente, unser Saatgut und unsere Maschinen und fälschen nicht länger unsere Markenware.



# UND NUN?

Handel betrifft uns alle – es geht nicht nur um ein paar Zölle, es geht um Arbeitsplätze, um das, was wir konsumieren, wie wir leben. Handelsregeln verteilen für jeden einzelnen Menschen Chancen, indem sie Zugang zu Märkten ermöglichen oder versperren, indem sie vor übermächtiger ausländischer Konkurrenz schützen oder nicht, indem sie Umweltschutz und Menschenrechte oder wirtschaftliche Interessen zur obersten Maxime machen.

Nach welchen Regeln eine Gesellschaft ihre Handels- und Wirtschaftspolitik gestaltet, muss Teil einer öffentlichen Diskussion werden. Wollen wir, dass elementare Fragen wie die nach dem Umgang mit Gentechnik, mit Bildung, mit Umweltschutz von einigen wenigen Handelsbürokraten in Berlin, Brüssel oder Genf entschieden werden?

Auch Bundestagabgeordnete beklagen, ihr Einfluss sei zu gering. Das ist das Ergebnis einer Befragung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der letzten Legislaturperiode. Die Abkommen würden im Bundestag meist ohne intensive Debatte „abgenickt“ (Sigrid Skarpelis-Sperk, SPD). Michael Hustedt von Bündnis 90/Die Grünen glaubt, „dass es nach wie vor große Defizite bei der parlamentarischen Beteiligung gibt. Es ist ein Bereich, der sehr bedeutsam ist, und es wird sich viel zu wenig darum gekümmert.“ Und Erich Fritz von der CDU sagt: „Es kommt darauf an, welchen Widerhall eine Bundestagsdebatte in der Öffentlichkeit erfährt. Es muss eine Schwelle der Aufmerksamkeit überschritten sein, bis Parlamentsinitiativen bei der Regierung Wirkung zeigen.“

Zitate aus: Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne/Forum Umwelt und Entwicklung: „Wir nicken mit dem Kopf“. Die Rolle des Deutschen Bundestages in der Handelspolitik der Europäischen Union. Bonn 2006

Der Alltagstest zeigt: Handelspolitik betrifft uns alle. Deshalb müssen die Regeln des Welt Handels und ihre Auswirkungen auf uns in Europa und Deutschland wie auch auf die Armen hier und in den Ländern des Südens stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden. Über Handelspolitik öffentlich zu debattieren, würde auch die Machtverhältnisse verändern. Der nahezu exklusive Zugang von Vertretern und Vertreterinnen wirtschaftlicher Interessen zu politischen Entscheidungsträgern würde Gegengewichte bekommen – aus christlicher Perspektive mit der Frage nach Gerechtigkeit für jeden Einzelnen und der Bewahrung der Schöpfung. In unserem konkreten Lebensumfeld würden dann die Ergebnisse globaler Politik nicht länger als alternativloser Sachzwang erscheinen.

Denn es gibt Alternativen zu einseitiger Liberalisierung. Wir müssen uns nur entscheiden.

- ➔ Sind wir bereit, Kleinbauern und aufstrebenden Industrien ein ausreichendes Maß an Zollschutz zuzugestehen, um Ernährungssicherung, ländliche Entwicklung und den Aufbau von Industrien zu unterstützen, auch wenn dies unsere Exportmöglichkeiten einschränkt?
- ➔ Sind wir bereit, mehr für Produkte zu zahlen, wenn wir dadurch eine sozial gerechte und umweltschonende Herstellungsweise unterstützen?
- ➔ Wollen wir ein öffentlich garantiertes Recht auf Zugang zu Basisdienstleistungen wie Wasser, Bildung und Gesundheit für alle Menschen?
- ➔ Und wollen wir den Interessen der Menschen, etwa Bauern, indigenen Völkern und AIDS-Kranken nicht Vorrang einräumen vor den Monopolinteressen von Patentinhabern?

So oder so ähnlich lauten die entscheidenden Fragen.

Was wir brauchen, sind die richtigen Antworten.





### **Die Welthandelsorganisation (WTO)**

Die Welthandelsorganisation (WTO) wurde am 1. Januar 1995 mit Sitz in Genf gegründet. Sie hat zur Zeit 150 Mitglieder. Ihre Aufgabe besteht darin, die unter ihrem Dach geschlossenen Verträge zu verwalten und eine Plattform für weitere Verhandlungen zu bieten. Höchstes Entscheidungsgremium der WTO ist die alle zwei Jahre stattfindende Ministerkonferenz. Die WTO ist nicht Teil der Vereinten Nationen.

Welthandelsregeln betreffen mehr als Zollsätze zum internationalen Austausch von Agrar- und Industriegütern (vgl. Kap. 2 und 3). Ebenfalls in der WTO geregelt wird der Handel mit Dienstleistungen (vgl. Kap. 4) und der Schutz von Rechten an geistigem Eigentum (vgl. Kap. 5). Nicht geregelt sind Umwelt- und Sozialstandards für die Herstellung von Produkten (vgl. Kap. 3).

### **Die wichtigsten WTO-Abkommen sind:**

**GATT** (General Agreement on Tariffs and Trade): Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen von 1947, heute eines von mehreren WTO-Abkommen. Es regelt den Handel mit Gütern.

Die dazu laufenden Verhandlungen in der WTO werden als NAMA (Non Agricultural Market Access), nichtagrarischer Marktzugang, bezeichnet.

**AoA** (Agreement on Agriculture): Das Landwirtschaftsabkommen der WTO enthält spezifische Regeln zum Handel mit landwirtschaftlichen Gütern.

**GATS** (General Agreement on Trade in Services): Das Dienstleistungsabkommen reguliert Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Tourismus, etc.

**TRIPS** (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights): Das Abkommen enthält Mindeststandards zu handelsbezogenen Rechten an geistigem Eigentum wie Patenten, Copyrights, Handelsmarken, etc.

**Zum Weiterlesen:**

**Evangelischer Entwicklungsdienst (EED):** Verraten und Verkauft: Die Entwicklungsländer in der WTO. Bonn 2005

**Evangelischer Entwicklungsdienst (EED):** Besser Stillstand als kein Fortschritt. Eine kritische Bewertung der Doha-Verhandlungen der WTO. Bonn 2006  
([www.eed.de/welthandelsmedien](http://www.eed.de/welthandelsmedien))

**Greenpeace:** Zehn Jahre WTO. Greenpeace unterzieht die Welthandelsorganisation einer kritischen Bilanz. Hamburg 2005

**WEED:** Keine Tränen für Doha. Die Anti-Entwicklungsrunde der WTO vor dem Aus? Zeit für Alternativen. Berlin 2006

**Links:**

**Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): [www.eed.de/welthandel](http://www.eed.de/welthandel)**

Auf dieser Seite finden sich kleine Einführungen zu verschiedenen Aspekten des Welthandels, alle Publikationen des EED zum Thema, ständig aktualisierte Informationen und vieles mehr.

**Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne: [www.gerechtigkeit-jetzt.de](http://www.gerechtigkeit-jetzt.de)**

Eine Fülle von Informationen zu Welthandelsfragen, übersichtlich aufbereitet und gut verständlich. Informationen zur aktuellen Aktion und Anregungen für Aktionen finden sich unter **[www.weltweit-taube-ohren.de](http://www.weltweit-taube-ohren.de)**.

**Greenpeace: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)**

Greenpeace hat eine Fülle erstklassiger Informationen, die aber leider gut versteckt sind. Am besten mit der Suchfunktion „WTO“ eingeben.

**Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED): [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)**

Die WEED-Seite bietet kritische Informationen zur globalen Handels- und Investitionspolitik mit Veranstaltungsankündigungen und vielen (leider oft nicht kostenlosen) Publikationen.

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): [www.bmz.de](http://www.bmz.de)**

Wer auf der BMZ-Homepage unter Themen/Globalisierung nachschaut, der findet Publikationen zum Thema Welthandel.

**Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi): [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)**

Beim Bundeswirtschaftsministerium gibt es entsprechende Informationen über das Stichwort Außenwirtschaft.

**Europäische Union (EU), EU-Kommission, Generaldirektion Handel: [www.ec.europa.eu/trade/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/trade/index_en.htm)**

Die Generaldirektion Handel bietet eine Fülle von Informationen zur Handelspolitik der EU. Deren Verständnis muss man sich teilweise allerdings etwas erarbeiten.

**Welthandelsorganisation (WTO): [www.wto.org](http://www.wto.org)**

Die WTO selbst hat eine Website mit einem riesigen Informationsangebot. Allerdings kostet es auch hier etwas Übung, die richtigen Informationen zu finden.

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

#### **Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)**

Ulrich-von-Hassell-Straße 76 | 53123 Bonn | T (0228) 81010 | [www.eed.de](http://www.eed.de)

#### **Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)**

Otto-Brenner-Straße 9 | 30159 Hannover | T (0511) 1215165 |  
[www.evangelische-jugend.de](http://www.evangelische-jugend.de)

**Autor:** Michael Frein

**Redaktion:** Petra Titze, Dr. Veit Laser

### **Fotos:**

Titelseite: EJB Bamberg; S. 2: EED; S. 6: ACDIC; S. 11: gepa; S. 12: Paulino Menezes;  
Seite 20: KLJB Bayern.

Die Fotos auf den Seiten 9, 15 und 18 sowie auf der vierten Umschlagseite wurden der  
DVD „Blickwinkel“, die der Deutsche Bundesjugendring im Rahmen von „Projekt P – misch  
dich ein“ produziert hat, entnommen. S. 9, 15 und 18: Journalistenbüro Röhr: Wenzel;  
vierte Umschlagseite: studiopropy werbeagentur & fotostudio.

**Gestaltung:** schönknecht:kommunikation | [www.schoenknecht-kommunikation.de](http://www.schoenknecht-kommunikation.de)



**Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)** | Ulrich-von-Hassell-Straße 76 | 53123 Bonn | T (0228) 81010 | [www.eed.de](http://www.eed.de) | **Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)** | Otto-Brenner-Straße 9 | 30159 Hannover | T (0511) 1215165 | [www.evangelische-jugend.de](http://www.evangelische-jugend.de)